Pflegepädagogik als Heilsbringerin?

Zur Behebung der Mängel in der Pflege

In den letzten Jahrzehnten gab es zunehmend empirische Untersuchungen, Statistiken und Erfahrungsberichte über die Versorgungsrealität im Gesundheits- und Pflegebereich. Dokumentiert sind damit über die Zeit ein Mangel an Pflegepersonal, hohe Belastungen des Personals und desolate Zustände in der pflegerischen Versorgung kranker und alter Menschen. Abhilfe schaffen sollten immer wieder gesetzliche Regelungen zu Neugestaltungen der Pflegeausbildung. Die Darstellung dieser Entwicklung kann hier nur schlaglichtartig ausfallen. Eine provokative Zuspitzung ist dabei durchaus beabsichtigt, denn während die Versorgungsrealität weiter durch negative Studienergebnisse und Nachrichten Schlagzeilen macht, werden Veränderungen bezogen auf die Ausbildung stets positiv gestimmt, medienwirksam verkündet und als bereits erfolgreich realisierte Interventionen kommuniziert. Das scheint womöglich genau der Boden zu sein, auf dem auch zukünftig keine grundlegenden Veränderungen zu erwarten sind.

Gesetzlich verordneter pädagogischer Aktivismus und Optimismus

Seit den 1960er-Jahren sollten Veränderungen der gesetzlichen Regelungen der Pflegeausbildung die Attraktivität des Berufs steigern, um so dem Fachpersonalmangel zu begegnen, der schon seinerzeit als besorgniserregend bezeichnet wurde. Im Blick behalten wurden dabei stets die Kosten, jeweils mit der Feststellung, dass der öffentliche Haushalt nicht belastet wird. Doch erst mit dem Pflegeberufegesetz von 2017 entstanden durch die Neuordnung und Teilakademisierung des Berufes veritable Kosten.[1]

Die gesetzlichen Vorgaben richteten sich im Laufe der Zeit immer stärker auf die inhaltliche Ausgestaltung der Ausbildung, nicht zuletzt aktuell im Dienst von flexibleren, breiteren Einsatzmöglichkeiten der nun generalistisch ausgebildeten Pflegefachpersonen. Es wurden umfangreiche Angaben zu Ausbildungszielen und Inhalten bis hin zur Festlegung von Vorbehaltsaufgaben gemacht. Eine eigens eingerichtete Fachkommission ist für die Entwicklung von Rahmenlehrplänen zuständig. Die zugrundeliegende Ausbildungs- und Prüfungsverordnung ist mit einer Fülle von zu erwerbenden Kompetenzen versehen. Die Entwicklung der Pflegewissenschaft, die andauernden Professionalisierungsdiskussionen und -bestrebungen der letzten Jahrzehnte führen so dazu, dass der Anspruch an pflegefachliches, theoriegestütztes Handeln weiter steigt. Der Gesetzgeber fordert jetzt, dass zur „Verbesserung der Pflegequalität (…) das zunehmende pflegewissenschaftliche Wissen besser genutzt werden" müsse. Moderne berufspädagogische Konzepte sollen dabei helfen.[2]

Eine Steigerung der Attraktivität des Berufs und die Verbesserung der Versorgungsqualität der Pflegepraxis in der Ausbildungsgestaltung und damit in der Pflegepädagogik zu suchen, ist zunächst plausibel. Denn je besser die Ausbildung ist, desto fachlich versierter sind die Pflegenden und desto attraktiver kann sich der Beruf präsentieren. Also wird in Ausbildungsstätten mit hohem Zeitaufwand an gut durchdachten, hochkomplexen Curricula gearbeitet. Damit sollen die vielfältigen Kompetenzen, der jeweiligen curricularen Logik folgend, angebahnt werden und nun endlich Qualität und Attraktivität des Berufs sicherstellen. Dies gilt aus der Perspektive verantwortlicher Politiker:innen auch quasi als gelungen:

Das Pflegeberufegesetz wurde als wichtiger Schritt für bessere Ausbildungsbedingungen und für die Pflege insgesamt bezeichnet. Der damalige Bundesgesundheitsminister Spahn stellte fest, dass gute Pflege Zeit brauche und gute Bezahlung verdiene: „Dafür haben wir (…) gesorgt. (…) Im Krankenhaus wird nun nicht mehr auf dem Rücken der Pflegenden gespart. Modelle zur Übertragung ärztlicher Aufgaben auf Pflegefachpersonen verbessern die Versorgung und schaffen attraktivere berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Pflegefachpersonen haben (…) mehr Befugnisse in der Versorgung von pflegebedürftigen Menschen. Ihre Fachkompetenz wird dadurch besser wahrgenommen und eingesetzt."[3]

Das Scheitern des Anspruchs in den Blick nehmen: die Perspektive der Coolout-Theorie

Fraglich bleibt, wie denn das pflegewissenschaftliche Wissen besser genutzt werden könnte, wenn doch zu wenig Personal und zu wenig Zeit zu beklagen sind. Auch bleibt schleierhaft, inwieweit die Übertragung ärztlicher Aufgaben, mehr Befugnisse in der Versorgung und eine vermeintlich bessere Wahrnehmung der Kompetenzen Pflegender die Qualität der Pflege ver-

bessern soll. Denn in der Versorgungsrealität und auf den Stationen, in den ambulanten Pflegediensten lässt sich all das, was die Ausbildung theoretisch bieten kann, nicht in der wünschenswerten Form in der Praxis erlernen, einüben und umsetzen. Eine Änderung der Ausbildung kann die Qualität der Pflege nur unmaßgeblich verbessern, weil die Rahmenbedingungen in der Praxis unzureichend bleiben. Dafür steigt der Druck auf die Auszubildenden. Sie müssen sich dem Tempo, der Nötigung

> „In den Blick genommen werden muss das pädagogische Ziel der Mündigkeit, das für eine demokratische Gesellschaft unabdingbar ist."

zum schnellen Arbeiten, dem Druck der Kolleg:innen anpassen. Auch die Anforderungen an Lehrende und Anleitende steigen weiter: immer mehr Inhalte vermitteln, immer mehr Kompetenzen anbahnen in der gleichen Ausbildungszeit und in einer ökonomisch bestimmten Praxis. Auf diesem Wege eine Attraktivitätssteigerung und eine qualitativ hochwertige Pflege gewährleisten zu wollen kann noch so beschworen werden, aber bleibt ein Trugschluss. Denn den Fokus auf eine Veränderung der Auszubildenden zu richten heißt, ein strukturelles Problem zu personalisieren und zu pädagogisieren.[4] Die tatsächliche Ursache der defizitären Praxis – die umfassende Ökonomisierung des Gesundheitswesens – wird verschleiert.

Der unauflösbare Widerspruch – hier das geforderte Wissen und das professionelle Handeln im Sinne der Patient:innen, da die Zwänge, die der Umsetzung entgegenstehen – konstituiert weiterhin den Ausbildungs- und Pflegealltag, führt zu alltäglichen moralischen Konfliktsituationen und zur moralischen Desensibilisierung.

Mit den Coolout-Studien wird seit Mitte der 1990er-Jahre dazu geforscht. Bislang wurden über 100 Personen aus dem Bereich der Pflege befragt. Dabei konnten 14 Reaktionsmuster identifiziert werden, die erklären, wie Pflegende, Auszubildende, Lehrende und (An-)Leitende diesen Widerspruch in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern deuten und aushalten. Beschrieben werden die konkreten Strategien, mit denen der Widerspruch so bearbeitet werden kann, dass die Handlungsfähigkeit und die moralische Integrität erhalten bleiben, wobei die Verletzung des normativen Anspruchs zur Normalität wird. Pflegende schützen sich damit vor den widersprüchlichen Anforderungen und stabilisieren so jedoch nahezu unmerklich die bestehenden Verhältnisse. Eine Schlussfolgerung aus den ersten Coolout-Studien war es, über diesen unauflösbaren Widerspruch und die Normalitätstendenz der Regelverletzungen aufzuklären sowie den Umgang damit zu thematisieren, auch in der Pflegeausbildung. „Bildung im Medium des Widerspruchs" lautete 2002 meine Forderung, die ich 2016 weiter ausformuliert habe.[5] 2019 ist die Thematisierung des Widerspruchs in die Rahmenlehrpläne aufgenommen worden: „In Widersprüchen denken lernen."[6]



Diese Forderung gilt es zu nutzen, und zwar mit expliziter Thematisierung des systematischen Scheiterns des pflegefachlichen Anspruchs. Damit geht das Thema weit über die Ausbildung hinaus. In den Blick genommen werden muss das pädagogische Ziel der Mündigkeit, das für eine demokratische Gesellschaft, deren Teil die Auszubildenden und Pflegenden sind, unabdingbar ist. Somit führt ein Weg zu Veränderungen dann doch über die Pflegepädagogik.

Allgemeine Bildung im Medium des konkreten Widerspruchs

An dem Problem des unauflösbaren Widerspruchs in der Pflege – zum einen pflegefachliche Ansprüche und Orientierung am einzelnen Menschen, zum anderen die ökonomische Ausrichtung auf Funktionalität im Pflegebereich – lässt sich ein Schlüsselproblem der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft erkennen: die Wahrung humaner Werte wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität bei gleichzeitiger ökonomischer Durchdringung aller gesellschaftlichen Institutionen, mit der Verfolgung des Konkurrenz- und Leistungsprinzips und der Gewinnmaximierung.

Das Einnehmen einer solchen übergreifenden Perspektive kann es Auszubildenden ermöglichen, sich selbst ausdrücklich als Teil dieser Gesellschaft wahrzunehmen und sich gleichsam von oben im eigenen konkreten Alltag zu erkennen. Insofern geht es um Allgemeinbildung im Kontext der Berufsbildung. Dabei ist Allgemeinbildung „in Bezug auf die Reichweite der Beteiligungsmöglichkeiten des ‚Staatsbürgers' an der gesellschaftlichen Leitung, als Reichweite der Demokratisierung zu verstehen."[7]

Auszubildende können dabei begleitet werden, die Seiten des Widerspruchs in ihren erlebten, alltäglichen Situationen zu analysieren und sich dazu zu positionieren.[8] Bildungsziele wie Selbstbestimmungsfähigkeit, Mitbestimmungsfähigkeit und Solidaritätsfähigkeit (Klafki) können so „im Kleinen", nämlich im je eigenen konkreten Arbeitsalltag, ausdrücklich zur Sprache kommen, bezogen auf die berufliche Tätigkeit und – weitergehend – auf die gesundheitspolitischen Ausrichtungen in unserer Gesellschaft reflektiert werden.[9] Auszubildende können je das Gelingende in ihrem Alltag, in den Ausbildungsinhalten, Konzepten, Kompetenzbestrebungen erkennen lernen. Zugleich können und sollen sie lernen, dass auch noch so viele wissenschaftsbasierte Konzepte, ausgetüftelte Curricula, abwechslungsreiche Vermittlungsmethoden, Kompetenzformulierungen und Prüfungsformen die Pflegequalität nicht verbessern können, wenn die „Hardware", die materielle und personelle Ausstattung, nicht hinreichend ist. Der Blick muss sich in dem Zusammenhang darauf richten, wie in unserer kapitalistischen Gesellschaft gesundheitspolitische Entscheidungen zur Mittelverteilung getroffen werden.

„Pflegepädagogik hätte die Aufgabe einer beruflichen Bildung, die dazu führte, dass Pflegende sich als aufgeklärte Kritiker:innen und reflektierte Mitwirkende für eine humane und solidarische Gestaltung der Gesellschaft sähen."

Es geht damit in der Ausbildung um Verstehbarkeit der eigenen Situation im Kontext des Berufs und der Gesellschaft, um Handhabbarkeit der schwierigen Situationen im eigenen Alltag und um die Frage nach der Sinnhaftigkeit des beruflichen Tuns (Antonovsky).[10]

Übergreifende Fragen können sein:

- Wie kann ich das Sinnstiftende des Berufs für mich reflektiert bewahren, ohne mich durch Verschleierungen und rhetorische Beschönigungen dumm machen zu lassen? Was steht dem entgegen und was bedeutet das für mich?
- Wie kann ich die eigene Macht, die Macht des Berufes, der Berufsgruppe, der Solidarität im eigenen Alltag erkennen und praktisch, politisch und zukunftsgerichtet nutzen? Was steht dem entgegen und was bedeutet das für mich?

So geht es letztlich um „das Glück der winzigen Freiheit, die im Erkennen als solchem liegt" (Adorno).[11] Und dieses Erkennen ist für mich die Voraussetzung für Veränderungen, die tatsächlich über das Bestehende hinaus gehen – Bildung im Medium des Widerspruchs als allgemeine Bildung. Das würde bedeuten, Pflege und Pflegeausbildung als Politikum anzusehen, auszuüben und darzustellen im Bewusstsein, Teil einer demokratischen Gesellschaft zu sein und dadurch auch als Berufsgruppe mehr politischen Druck ausüben zu können. Die Pflegepädagogik hätte dann die Aufgabe einer beruflichen Bildung, die dazu führte, dass Pflegende sich als mögliche Statthalterinnen für Humanität sähen, nicht allein im Sinne der Anwaltschaft der Patient:innen innerhalb der bestehenden Bedingungen im Pflegealltag – vielmehr als aufgeklärte Kritiker:innen und reflektierte Mitwirkende für eine humane und solidarische Gestaltung der Gesellschaft, in der die Forderung nach Solidarität dann aufgehoben wäre. Damit hätte der Beruf eine ganz eigene Attraktivität. ■

Die Fußnoten und Literatur zum Text finden Sie unter www.mabuse-verlag.de

Dr. Karin Kersting
ist Krankenschwester, Pflegelehrerin, Erziehungswissenschaftlerin sowie Professorin für Pflegewissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen.
karin.kersting@hwg-lu.de

